

Aufruf zum Protest vor dem Thüringer Landtag gegen die geplanten Neuregelungen bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen

Am 23. März 2011 wollen CDU und SPD im Thüringer Landtag ein skandalöses Gesetz zur rückwirkenden Erhebung von Straßenausbaubeiträgen beschließen. Dies muss verhindert werden. Deshalb ruft die Bürgerallianz, der Dachverband der Thüringer Bürgerinitiativen, für sozial - gerechte Kommunalabgaben zur

Protestveranstaltung am Mittwoch, dem 23. März 2011 um 16.00 Uhr vor dem Thüringer Landtag in Erfurt

auf.

Durch unseren massiven, sichtbaren und hörbaren Protest wollen wir die Abgeordneten von CDU und SPD überzeugen, ihren ungerechten Gesetzentwurf nicht zu beschließen.

Es geht bei diesem Gesetz um sehr viel Geld der Bürgerinnen und Bürger.

Bis jetzt wurden bereits **600 Millionen EUR** an Straßenausbaubeiträgen gezahlt. Durch die rückwirkende Erhebung der Straßenausbaubeiträge bis 1991 sollen weitere rund **260 Millionen EUR** von den Bürgerinnen und Bürgern für längst abgeschlossene Straßenbaumaßnahmen abkassiert werden.

Und damit nicht genug. In den nächsten Jahren drohen weitere Straßenausbaubeiträge in Höhe bis zu **1,2 Milliarden EUR (!)**. Dieses Abzocken muss gestoppt werden, denn es gibt **Alternativen**.

Auf Anregung der Bürgerallianz haben Bündnis 90/Grüne und LINKE in den Thüringer Landtag einen **Gesetzentwurf zur Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen** eingebracht.

Die abwassertechnischen Investitionen können durchaus vollständig über **die Abwassergebühren** refinanziert werden, ohne dabei die Gebührenzahler finanziell zu überfordern. Dabei ist es aus Sicht der Bürgerallianz notwendig, die noch geplanten Abwasserinvestitionen in Höhe von über 3 Milliarden EUR kritisch auf ihre Notwendigkeit zu prüfen.

Zur **Finanzierung des kommunalen Straßenausbaus** soll anstelle der Straßenausbaubeiträge eine **Möglichkeit zur Erhebung einer so genannten Infrastrukturabgabe** für die Kommunen geschaffen werden. Ob und in welcher Höhe die Gemeinden diese Infrastrukturabgabe auch erheben, sollen die Kommunen selbst entscheiden können und dies ohne Zwang des Landes.

Die Bürgerinitiativen sind empört, dass **CDU und SPD sich der Diskussion mit den Betroffenen verweigern**, indem sie eine öffentliche Anhörung zu den Gesetzentwürfen ablehnen.

Unsere Protestveranstaltung am 23. März soll auch dazu dienen, CDU und SPD zu zwingen, sich dem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu stellen.

Wir fordern von CDU und SPD:

- 1. Weg mit den Zwangsbeiträgen für Abwasser- und Straßenausbauinvestitionen!**
- 2. Keine rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen!**
- 3. Ja zum Gesetzentwurf von Bündnis 90/Grüne und LINKE!**
- 4. Nein zum Gesetzentwurf der Landesregierung!**

Kommt alle zur Protestveranstaltung am 23. März 2011 um 16 Uhr nach Erfurt, vor dem Thüringer Landtag.

Informiert weitere Betroffene und überzeugt sie nach Erfurt mitzukommen. Organisiert Fahrgemeinschaften!

Bringt Transparente mit und zeigt auf ihnen, wie ihr durch die Zwangsbeiträge belastet werdet.

Organisatorische Nachfragen sind auch beim Bürgerbüro Tel. 0361 3772637 möglich.

Wir fordern endlich Gerechtigkeit bei Kommunalabgaben.

Gez. Peter Hammen

Landesvorsitzender der Bürgerallianz Thüringen e.V. , am 06.03.2011

